

Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 20. Plenumsitzung vom 7. Mai 2008

17.30 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend

Ratspräsident Fredi Morf	Vorsitz bis Traktandum 10.1
Ratspräsidentin Barbara Häberli	Vorsitz ab Traktandum 10.2
27 Ratsmitglieder	
Ratssekretärin Ida Hofstetter	Protokoll
Ratsweibel Heinz Jordi	

Entschuldigt abwesend

7 Ratsmitglieder

Präsenz der Exekutivbehörde

Stadtrat

Harald Huber	Stadtpräsident
Didier Falbriard	Sicherheit, Umwelt
Stephan Herzog	Soziales
Walter Müller	Finanzen
Dr. Alphons Kappeler	Hochbau
Astrid Romer Schneiter	Tiefbau
Heinz Spälti	Gesundheit, Umwelt
Patrick Stutz	Werke

Stadtschreiber

Bruno Aebischer

Schulpflege

Rita Rapold Schulpräsidentin

Geschäfte

1. Mitteilungen

2. Zweckverbandsordnung ZPZ (SRB 44/08)

Antrag des Stadtrates auf Zustimmung zur revidierten Zweckverbandsordnung der Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg (ZPZ), unter Vorbehalt der regierungsrätlichen Genehmigung

3. Bürgerrechtsverordnung (SRB 42/08)

Antrag des Stadtrates auf Anpassung der Verordnung über die Erteilung des Bürgerrechts der Stadt Adliswil (Bürgerrechtsverordnung) vom 3. Februar 1993

4. Petition zur Erhaltung des B-Unterrichtes auf der Primarstufe in Adliswil

5. Verkehrsunfälle Grütstrasse (SRB 100/08)

Interpellation von Susy Senn betr. Verkehrsunfälle Grütstrasse, Beantwortung

6. Strassenbeleuchtung bei Bedarf

Interpellation von Thomas Fässler und vier Mitunterzeichneten betr. Strassenbeleuchtung bei Bedarf, Begründung und mündliche Beantwortung

7. Kostensenkung und Fallreduktion in der Sozialhilfe

Interpellation von Patrick Leu zur Senkung der Kosten und der Fälle bei der Sozialhilfe, Begründung und mündliche Beantwortung

8. Tempo 30 Massnahmen

Interpellation von Max Stenz und Roger Neukom betr. Tempo 30 Massnahmen, Begründung

9. Rückblick des Ratspräsidenten auf das Amtsjahr 2007/2008

10. Erneuerungswahlen für das Büro (Amtsjahr 2008/2009)

- 10.1 Geheime Wahl der Ratspräsidentin/des Ratspräsidenten
Antrittsrede der neuen Ratspräsidentin/des neuen Ratspräsidenten
- 10.2 Geheime Wahl der 1. Vizepräsidentin/des 1. Vizepräsidenten
- 10.3 Geheime Wahl der 2. Vizepräsidentin/des 2. Vizepräsidenten
- 10.4 Offene Wahl von drei Stimmzählenden

11. Ersatzwahl eines Mitgliedes der vorberatenden Kommission für Einbürgerungen (VKE)

12. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Sachkommission 2

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Karin Hug	familiäre Verpflichtung
Karl Meier	krank
Martin Koller	geschäftliche Verpflichtung
Clemens Ruckstuhl	Ferien
Susy Senn	geschäftliche Verpflichtung
Robert Wälle	geschäftliche Verpflichtung
Yannick Wettstein	Auslandaufenthalt

1.2 Verabschiedung von Stadtschreiber Bruno Aebischer

Der Ratspräsident:

Lieber Bruno, leider müssen wir dich heute verabschieden, denn es ist die letzte Gemeinderatssitzung, an der du als Stadtschreiber teilnimmst. Neue Aufgaben bei der kantonalen Verwaltung warten auf dich. Über 15 Jahre konnte unsere Stadt auf dein Mitwirken zählen. In deiner Funktion hast du nicht nur die Stadtverwaltung geführt und den Stadtrat beraten, du bist auch uns – der Legislative – mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Sowohl das Ratspräsidium als auch alle Kommissionen und das Ratssekretariat konnten von deiner grossen Erfahrung, deinem umfassenden Wissen und deiner Zuverlässigkeit sehr profitieren. Besonders geschätzt haben wir deine stets freundliche Art – nie ein Murren, wenn wir mit Fragen an dich gelangten. Deine Kompetenz in rechtlichen Belangen war für uns von grosser Bedeutung. Bruno, wir danken dir sehr herzlich für deine immense Arbeit für die Stadt Adliswil. Wir wünschen dir in der neuen Funktion viel Freude und Zufriedenheit. Gerne überreichen wir dir ein Abschiedsgeschenk. Alles Gute und beste Gesundheit.

1.3 Verabschiedung des Ratsweibels Heinz Jordi

Der Ratspräsident:

Lieber Heinz, auch dich müssen wir heute leider „springen lassen“. Seit 1. Januar 2006 hast du die Weibeldienste für die Stadt und auch für uns betreut. Die Gemeinderatssitzungen hast du stets mit grosser Sorgfalt vorbereitet, es war immer alles Notwendige da. Auf Spezialwünsche bist du gerne eingegangen. Jetzt aber geht das Herumweibeln langsam zu Ende, zumindest im Berufsleben. Heinz, wir danken dir für deine gute Arbeit sehr herzlich. Wir wünschen dir beste Gesundheit. Zum Abschied schenken wir dir die Gemeinderatsuhr – vielleicht tickt sie etwas langsamer als andere Uhren, aber du musst ja jetzt hoffentlich nicht mehr auf die Minute genau abfahren und ankommen.

1.4 Begrüssung der neuen Weibelin Lydia Schuhmacher

Ich heisse die Nachfolgerin von Heinz Jordi, Frau Lydia Schuhmacher, herzlich willkommen. Im Namen des Gemeinderates wünsche ich Ihnen viel Freude an der Arbeit für den Stadtrat, die Stadtverwaltung und uns.

1.5 Überweisungen an die RGPK

Am 28.4.08: Antrag des Stadtrates auf Abnahme des Geschäftsberichtes 2007

1.6 Mitteilungen aus dem Stadtrat und der Schulpflege

Stadtpräsident Harald Huber:

Zum Beschluss des Gemeinderates vom 9. April 2008 „Streichung von Gemeindeleistungen zur Alters-, Hinterlassenen-, und Invalidenversicherung per 1. Juni 2008 und Aufhebung der dazugehörigen Verordnung vom 1. Februar 2006“ wurde das Referendum ergriffen. Zurzeit wird die Gültigkeit der Unterschriften geprüft, anschliessend die entsprechende Weisung zuhanden des Gemeinderates erarbeitet, die dann frühestens Ende November dem Volk vorgelegt werden kann.

Stadtrat Stefan Herzog:

Im Mäppchen finden Sie eine Einladung zu einer Veranstaltung betreffend demographische Entwicklung der Bevölkerung der Stadt Adliswil und deren mögliche Auswirkungen. Der Anlass findet am Donnerstag, 15. Mai statt.

1.7 Protokolle

Zu den Protokollen vom 5. März und 9. April 2008 sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gelten die Protokolle als genehmigt.

1.9 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 4. Juni 2008 statt mit dem Haupttraktandum Abnahme der Jahresrechnungen 2007.

1.10 Traktandenliste

Da Susy Senn wegen einer geschäftlichen Verpflichtung heute nicht anwesend sein kann, soll das Traktandum 5 „Verkehrsunfälle Grütstrasse“ auf die Juni-Sitzung verschoben werden?

Die Anwesenden sind damit einverstanden.

Demnach rücken ab Traktandum 5 alle eine Position vor.

2. Zweckverbandsordnung ZPZ (SRB 44/08)

Antrag des Stadtrates auf Zustimmung zur revidierten Zweckverbandsordnung der Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg (ZPZ), unter Vorbehalt der regierungsrätlichen Genehmigung

Marion Hans, Referentin der RGPK:

Das Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich verpflichtet die Gemeinden, sich zu Planungsverbänden zusammenzuschliessen. Die politischen Gemeinden Adliswil, Hirzel, Hütten, Kilchberg, Langnau a. A., Oberrieden, Richterswil, Rüslikon, Schönenberg, Thalwil und Wädenswil bilden seit 1977 unter der Bezeichnung „Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg“ den geforderten Planungsverband. Seit 1. Januar 2006 ist die neue Kantonsverfassung in Kraft und sie verpflichtet die Zweckverbände, innert vier Jahren das Initiativ- und Referendumsrecht in der Verbandsordnung zu regeln.

Bisher hatte jede Gemeinde Anspruch auf einen Delegierten pro 5'000 Einwohner. Was zur Folge hatte, dass sechs kleinere Gemeinden nicht im Vorstand vertreten waren. Die Delegiertenversammlung umfasste in der Regel 28 Delegierte. Neu nimmt von jeder Gemeinde ein Exekutivmitglied Einsitz in der Delegiertenversammlung. Mit dieser Regelung wird der Informationsfluss erheblich verbessert.

Der vorgesehenen Anpassung der Verbandsordnung kann zugestimmt werden, zumal die neue Verbandsordnung einer gesetzlichen Anforderung entspricht und sie zudem verbesserte und raschere Entscheidungswege und Abläufe ermöglicht.

Die RGPK empfiehlt einstimmig, den Antrag des Stadtrates zu unterstützen. An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei der Verwaltung und beim Stadtrat Alphons Kappeler für die gute Zusammenarbeit mit bedanken.

Beschlüsse

- 2.1 Der revidierten Zweckverbandsordnung der Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg (ZPZ) wird zugestimmt:
Genehmigung.
- 2.2 Die Zustimmung erfolgt vorbehältlich der regierungsrätlichen Genehmigung:
Genehmigung.

3. Bürgerrechtsverordnung (SRB 42/08)

Antrag des Stadtrates auf Anpassung der Verordnung über die Erteilung des Bürgerrechts der Stadt Adliswil (Bürgerrechtsverordnung) vom 3. Februar 1993

Gabi Barco, Sprecherin der RGPK:

Bei der vorliegenden Anpassung handelt es sich lediglich um formelle Änderungen. Gestützt auf die Kantonsverfassung vom 1.1.2006, welche die bürgerlichen Gemeindeorgane aufgehoben hat, ist unsere Bürgerrechtsverordnung anzupassen, da auch wir keine Bürgerliche Abteilung mehr haben. Neu ist der gesamte Gemeinderat zuständig. Die RGPK empfiehlt, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Beschluss

Die Verordnung über die Erteilung des Bürgerrechts der Stadt Adliswil (Bürgerrechtsverordnung) vom 3. Februar 1993 wird wie folgt angepasst:

Art. 6 Abs. 1 Der Gemeinderat kann Schweizer Bürgern, welche sich um die Stadt besonders verdient gemacht haben, das Bürgerrecht ehrenhalber erteilen:

Genehmigung.

4. Petition zur Erhaltung des B-Unterrichtes auf der Primarstufe in Adliswil

Brigitte Abstreiter, Referentin des Büros:

Am 7. April haben die drei Institutionen Evang.-method. Kirche, Evang.-Ref. Kirchgemeinde und Röm.-Kath. Kirchgemeinde eine Petition mit rund 1'000 Unterschriften eingereicht. Der Petitionstext lautet:

Im Rahmen der Sparmassnahmen hat die Stadt Adliswil den B-Unterricht für die Primarschule gestrichen. Wir bitten die zuständigen Verantwortlichen, auf Ihre Entscheidung zurück zu kommen und den B-Unterricht (Biblische Geschichte) weiter zu führen, bis das neue Fach "Religion und Kultur" vom Kanton in 2 - 3 Jahren eingeführt wird. Dazu müssen für das Jahr 2008 Fr. 50'000.-- bewilligt werden.

Den gesetzlichen Grundlagen entsprechend muss innert sechs Monaten dazu Stellung genommen werden. Gemäss unserer Geschäftsordnung entscheidet das Büro, ob die Petition dem Ratsplenum vorgelegt wird. Am 17. April hat das Büro beschlossen, die Petition dem Gemeinderat vorzulegen.

Die zwei Varianten der Stellungnahme an die Petitionäre lauten:

1. Der Gemeinderat unterstützt das Ziel der Petition und lädt den Stadtrat bzw. die Schulpflege ein, das Nötige vorzukehren.
2. Der Gemeinderat lehnt das Petitionsbegehren ab, und zwar aufgrund des Sparzwanges.

Wie Ihnen bereits mitgeteilt, beantragt das Büro mehrheitlich, der 1. Stellungnahme zuzustimmen. Gründe: Die grosse Zahl an Unterschriften sowie das diesbezüglich knappe Resultat an der Ratssitzung vom 5. März zeigen, dass viele Leute gegen die Streichung des B-Unterrichtes sind. Ich bitte Sie, dem Antrag des Büros zuzustimmen.

Stadtpräsident Harald Huber:

Im Namen des Stadtrates mache ich zum ersten Satz von der Stellungnahme der Schulpflege folgende Bemerkung: In der letzten Sparrunde hat der Stadtrat auch die Schule aufgefordert, nochmals mögliche Einsparungspotentiale aufzuzeigen. Daraufhin kamen zwei Vorschläge, nämlich die Schulreisen und der B-Unterricht zu streichen. Der Stadtrat entschied sich dann, den B-Unterricht zu streichen.

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Leistungen kann die Schule nur bei gesetzlich nicht vorgeschriebenen Angeboten abbauen. Diese Angebote hat die Schule im Rahmen des Sparauftrages aufgelistet. Neben Klassenlager/Reisen betrifft dies auch den B-Unterricht. Ich habe an den jeweiligen Stadtrat-Sitzungen mehrfach darauf hingewiesen, dass diese Auflistung kein Vorschlag oder Angebot der Schule ist. Der Stadtrat hat sich zur Streichung des B-Unterrichts entschieden. Der B-Unterricht wurde 2004 vom Kanton als obligatorisches Fach gestrichen. Die Schule Adliswil hat sich wie viele andere Gemeinden entschieden, Biblische Geschichte als Freifach weiterhin anzubieten. Dieser Entscheid basiert auf breitem Wunsch der Bevölkerung (kantonsweit kamen innert kürzester Zeit über 50'000 Unterschriften zustande). Dass dieser Entscheid richtig war, zeigte das grosse Interesse am Besuch des Unterrichts – es gab kaum Abmeldungen. Es ist sicher nachzuvollziehen, dass es kein Angebot der Schule sein kann, diesen Unterricht freiwillig zu streichen. Es ist nicht in

Ordnung, nachdem 1'000 Unterschriften vorliegen und Verantwortung übernommen werden müsste, den Ball der Schule betreffend Streichung zuzuschieben. Die Schule ist sich bewusst, dass gespart werden muss – Sie haben Erläuterungen dazu in unserer Stellungnahme vorliegen. Gerne würden wir den Auftrag der Bevölkerung entgegen nehmen und den Unterricht in Biblischer Geschichte weiterhin – in Ablösung durch Religion und Kultur - anbieten.

Max Stenz:

Es ist noch nicht lange her, waren sich hier alle einig: Wir müssen sparen. Ein erster runder Tisch hat Resultate hervorgebracht, denen wir alle zugestimmt hatten. Mit allem meine ich vor allem die bürgerlichen Parteien. Zur Erinnerung: Der hier vorliegende Antrag wurde ebenfalls hier im Gemeinderat nochmals aufgegriffen und: abgelehnt.

Es ist ein geschriebenes Recht, eine Petition einzureichen, dem ist nichts entgegen zu setzen. Jedoch ist es in unserer desolaten Finanzlage unverständlich, wenn die Initiative zu Mehrausgaben von gewählten Volksvertretenden ausgeht. Erinnern sie sich an das Traktandum des Schulhausprojektes Kopfholz. Damals futierte sich die Schule um eine Budgetüberschreitung von 1 Mio. Franken. Wir haben es verpasst, diesen Betrag einzusparen respektive nicht zusätzlich einzuplanen. Darum und erneut muss ich daran erinnern: Wir haben die Verantwortung für ein Budget übernommen. Es liegt an uns Gemeinderäte, diese Disziplin zu bewahren. Der Sparwille ist im Rat leider schlecht verteilt. Und so stehen wir heute wieder vor der Entscheidung: Halten wir uns an unser Budget oder lockern wir die Schraube bereits jetzt wieder. Deshalb fordere ich Sie auf, auf die Petition nicht einzutreten.

Renato Günthardt:

Der Einsatz der Adliswiler Kirchen für die Petition zur Beibehaltung des B-Unterrichts hat einmal mehr gezeigt, dass den Kirchen unsere Jugendlichen nicht egal sind. So gut ich den Einsatz auch finde, ändert dies aber an der Haltung der Mehrheit der SVP-Fraktion nichts. Wir lehnen die Finanzierung des Faches „Biblische Geschichte“ durch die Stadt Adliswil ab, da es eine kirchliche und keine städtische bzw. politische Aufgabe ist.

Wir sind der Meinung, dass die christliche Glaubenserziehung eine der wichtigsten Aufgaben der verschiedenen Kirchengemeinschaften sein muss. Ich – und mit mir die Mehrheit der SVP-Fraktion - plädiere dafür, dass die christlichen Kirchen in Adliswil die finanziellen Mittel für die Durchführung des freiwilligen Biblischen Unterrichts an den Schulen aufbringen sollen. Schliesslich bezahlen die Kirchenmitglieder Kirchsteuern und haben das Anrecht darauf, dass vor anderen Investitionen, wie z. B. Auslandsinvestitionen, zuerst ihre Kinder in den Genuss eines solchen Unterrichts kommen. Dieser Unterricht muss nicht zwingend in der Schule stattfinden, sondern könnte auch in einem Kirchengemeindehaus durchgeführt werden.

Ich appelliere an Sie, heute keine neuen Ausgaben zu beschliessen. Wir haben das Budget 2008 nach langem Hin und Her an der vorletzten Sitzung genehmigt. Ebenfalls genehmigt haben wir eine Steuererhöhung als Beitrag zur Lösung der Finanzkrise. Es ist daher meines Erachtens unnötig, nun mit einem Mehraufwand in diesem Jahr von ca. Fr. 50'000.-- und noch mehr für die kommenden Jahre vom eingeschlagenen Weg abzuweichen. Wir müssen standfest bleiben, denn wir haben dem Stadtrat für das nächste Jahr einen Auftrag für noch mehr Einsparungen erteilt. Bei jedem Sparentscheid wird

sich eine Lobby dagegen finden lassen, die lautstark opponiert und mit Petitionen drohen wird. Wenn wir aber jedes Mal umkippen, werden wir die geforderten und auch nötigen Einsparungen nie erreichen können.

Ich merke noch an, dass der B-Unterricht nicht mehr das ist, was er früher einmal war. Der Unterricht und die Aufklärung über den christlichen Glauben mutiert je länger je mehr zu einem konfessionslosen Unterricht über die verschiedenen Glaubensrichtungen. Dies wird den Abschluss im neuen Fach „Religionen und Kultur“ finden, welches der Kanton in einigen Jahren einführen wird. Wir lehnen diesen Weg ab und hoffen, dass sich die Kirchen einschalten und einen klar auf christlicher Basis ausgelegten B-Unterricht anbieten werden. In diesem Sinne ersuche ich Sie im Namen der Mehrheit der SVP-Fraktion, nicht auf die Petition einzutreten.

Davide Loss:

Der Unterricht in Biblischer Geschichte ist eines der ganz wenigen Freifächer, welches auf der Primarstufe angeboten wird. Und trotzdem wurde dieses Fach bis anhin von zahlreichen interessierten Schülerinnen und Schülern freiwillig besucht. Biblische Geschichte gehört für mich zum Allgemeinwissen und ist ein charakterbildendes Fach, welches dringend weitergelehrt werden soll. Ich verstehe nicht, weshalb wir für eine mickrige Einsparung von 50'000 Franken für das Jahr 2008 den zahlreichen interessierten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit nehmen wollten, sich auch im Bereich Kultur weiterzubilden.

Hinzu kommt, dass in zwei bis drei Jahren der Kanton das obligatorische Fach „Religion und Kultur“ einführen wird. Hält der Rat an seinem Beschluss fest, den Unterricht in Biblischer Geschichte zu streichen, müssten zahlreiche Lehrpersonen mit Abfindungen entlassen und dann in zwei oder drei Jahren wieder eingestellt werden. Dies würde sicherlich erheblich mehr kosten, als wir jetzt in diesen zwei oder drei Jahren einsparen könnten. Am Schluss hätten wir weniger Bildung und sogar weniger Geld. Ein Festhalten an diesem Beschluss wäre aus meiner Sicht kontraproduktiv. Wir dürfen keinesfalls an unserm wichtigsten Gut, der Bildung, und an der Jugend Sparübungen durchführen.

Ich bitte Sie, Mut an den Tag zu legen und die Petition im Sinn des Antrags des Büros des Gemeinderats zu unterstützen. Die Adliswiler Schülerinnen und Schüler werden Ihnen dafür dankbar sein.

Roger Neukom:

Wir betreiben jetzt einen sogenannten Budgetprozess auf Umweg, indem wir einen vorgegebenen Weg verlassen, um etwas zu bewegen. Dazu gehören Anträge im Gemeinderat, Einzelinitiativen, Referenden usw. Eine Petition gehört m. E. nicht dazu, denn sie ist eine reine Bittschrift. Störend ist, dass über eine Petition nicht alle abstimmen können, sondern im vorliegenden Fall nur wir Ratsmitglieder. Die Initiative würde eine Abstimmung nach sich ziehen und somit könnten alle Stimmberechtigten ihre Meinung kundtun. Ich frage mich deshalb, wieso sich die Petitionäre für eine Petition und nicht für eine Initiative entschieden haben.

Mich nimmt wunder, ob man diejenigen, die unterschrieben haben, über die Kosten aufgeklärt hat. Ich habe Brigitte Abstreiter gut zugehört, als sie den Petitionstext vorgelesen hat. Und siehe da, wir haben bereits die ersten Differenzen zu den Ausführungen

von Rita Rapold. Ich habe gehört, dass es pro Jahr Fr. 50'000.-- kosten würde, wenn der B-Unterricht belassen würde. Und von der Schulpräsidentin haben wir ganz andere Zahlen. Der Bürger hat etwas unterschrieben, das gar nicht stimmt. Wenn eine Petition lanciert und darin von Kosten gesprochen wird, dann bitte ich euch, mit richtigen Zahlen Unterschriften zu sammeln. Die Zahlen, die ich vor mir habe, ergeben im Jahr 2007/08 eine Einsparung von Fr. 50'000.--, im Jahr 2008/09 Fr. 125'000.-- und im Jahr 2009/10 nochmals Fr. 50'000.--, also total Fr. 225'000.--. Und wenn ihr dem Bürger sagt, dass es nur um Fr. 50'000.-- geht - oder allenfalls im Jahr - dann habt ihr den Bürger angelogen. Unsere Fraktionsgemeinschaft wird gleich stimmen wie am 5. März.

Nicole Kappeler:

Ich habe mich gegen die Streichung des B-Unterrichts eingesetzt, weil es für mich neben finanziellen noch andere Werte gibt. Der B-Unterricht ist nicht in erster Linie eine religiöse Sache, denn das ist tatsächlich Aufgabe der Kirche, sondern der B-Unterricht ist eine wichtige Grundlage unserer Werte und Kultur, und das gehört in den Schulunterricht.

Bezüglich Leute angelogen, halte ich fest, dass auf dem Petitionsbogen klar steht, dass fürs 2008 Fr. 50'000.-- bewilligt werden sollen. Was diesbezüglich im 2009 resultiert, befinden wir in der nächsten Budgetdebatte. Es geht lediglich um die Fr. 50'000.-- fürs 2008 für die Beibehaltung des B-Unterrichts.

Gabi Barco:

Es geht offenbar um die Rechtsbelehrung. Es wäre gut, wenn der Ratspräsident erklären würde, wie das ganze abgelaufen ist und worüber wir genau abstimmen sollen.

Ratspräsident Fredi Morf:

Es gibt nichts zu klären, nach den Voten wird über den Antrag des Büros abgestimmt. Über die Vorgeschichte und den Ablauf wurde alle Ratsmitglieder informiert (Anmerkung Protokollführerin: siehe Mail vom 30.4.08).

Rita Rapold:

Weil die Petitionäre hier das Wort nicht haben, lese ich zur Verteidigung zum Vorwurf des Lügens nochmals den Petitionstext vor: *Im Rahmen der Sparmassnahmen hat die Stadt Adliswil den B-Unterricht für die Primarschule gestrichen. Wir bitten die zuständigen Verantwortlichen, auf Ihre Entscheid zurück zu kommen und den B-Unterricht (Biblische Geschichte) weiter zu führen, bis das neue Fach "Religion und Kultur" vom Kanton in 2 - 3 Jahren eingeführt wird. Dazu müssen für das Jahr 2008 Fr. 50'000.-- bewilligt werden.*

Aus meiner Sicht wurden damit die Leute nicht angelogen.

Thomas Fässler:

Zum Votum von Roger Neukom: Demokratie heisst auch, dass man ein Rückkommen machen kann, und es ist erlaubt zu lernen. Eine Petition ist wegen dem zeitlichen Aspekt viel geeigneter als eine Initiative.

Roger Neukom:

Zum Votum von Rita Rapold: Ich habe gesagt, dass ich den Petitionstext nicht selbst gelesen habe. Ich habe aber Brigitte Abstreiter zugehört, und dort hat es etwas anders ge-tönt. Den Zahlensalat hat die Schulpflege verursacht, indem ein Papier mit ganz anderen Zahlen verschickt wurde.

Meine Frage: Was machen wir jetzt, wenn der Gemeinderat der Petition zustimmt? Wird somit der Ratsbeschluss vom 5. März aufgehoben? Könnte man nun auch ein Referendum gegen den Beschluss von heute ergreifen?

Stadtpräsident Harald Huber:

Ich meine, wenn das Büro den Antrag stellt, auf die Petition einzugehen, muss es auch den Antrag stellen, welches die nächsten Schritte sind. Bevor dies klar ist, kann man eigentlich nicht abstimmen, denn was heisst den „eintreten auf die Petition“, was passiert nachher? Jemand muss nachher einen Auftrag haben, etwas zu unternehmen.

Barbara Häberli:

Ich verstehe es so, dass der Stadtrat bzw. die Schulpflege zu klären haben, wie die Umsetzung sein kann, wenn dieser Petition zugestimmt würde.

Stadtpräsident Harald Huber:

Meines Erachtens muss ein klarer Beschluss da sein, wer was vorzukehren hat. Wenn der Rat auf die Petition eintritt, könnte der Auftrag sein, die Schulpflege stellt Antrag, dass dieser Betrag wieder ins Budget kommt.

Max Stenz:

Wir brauchen keine Rechtsbelehrung, wir wissen, worum es geht. Es geht darum, ob Fr. 50'000.-- im 2008 mehr ausgegeben werden. Deshalb ist es sinnlos, weiter darüber zu debattieren.

Zum Vorwurf des Lügens: Der Petitionstext enthält nicht die ganze Wahrheit, es ist nur vom 2008 von Fr. 50'000.-- die Rede. Aber es ist ja völlig klar, dass der B-Unterricht nachher weiterläuft. Mit gesundem Menschenverstand: Wir reden davon, ob wir drei Jahre lang Fr. 50'000.-- ausgeben oder nicht. Dafür müssen wir nicht noch lange diskutieren. Wenn dies angenommen wird - was ich nicht hoffe -, soll die Schule den B-Unterricht weiterführen.

Peter Werder:

Mich stört, dass wir immer über die Streichung des B-Unterrichts sprechen, denn es geht um die Streichung von Fr. 50'000.--. Wenn wir die Frage umkehren, lautet sie: „Wenn der B-Unterricht weitergeführt wird, wer bezahlt ihn?“ Da gibt es zwei Partner, die politische Gemeinde und die Kirchgemeinden. Der B-Unterricht ist momentan ein Biblischer Unterricht. Ich frage mich, weshalb sich nicht die Kirchen mit dieser Frage beschäftigen. Wir reden hier über einen finanziellen Beitrag der politischen Gemeinde für eine Aufgabe, die den Kirchgemeinden gehört. Ich empfehle, den Antrag abzulehnen und den Petitionären zu raten, sich an die Kirchen zu wenden.

Roger Neukom:

Ich bin mehr denn je verwirrt, jetzt spricht mein Kollege Max Stenz auch noch von Fr. 150'000.-- und bei der Schule steht Fr. 225'000.--. Aber ich will es gar nicht wissen, sondern ich stelle einen Antrag auf Rückzug dieses Geschäftes mit dem Auftrag ans Büro, die Sache nochmals zu klären.

Ratssekretärin Ida Hofstetter:

Wir haben bereits ausführliche Abklärungen getroffen. Das zuständige Amt für Gemeinden empfahl das Vorgehen, wie es vorliegt. Dem Rat sollen zwei Stellungnahmen vorgelegt werden. Sie lauten: Der Gemeinderat unterstützt das Ziel der Petition und lädt den Stadtrat bzw. die Schulpflege ein, das Nötige vorzukehren oder die zweite Variante, auf die Petition nicht einzutreten. Das Amt für Gemeinden erklärte, wenn die erste Stellungnahme angenommen wird, ist es Sache des Stadtrates zu prüfen, ob und wie der Beschluss des Gemeinderates umgesetzt werden kann.

Marion Hans:

Als direkt Betroffene, die bei der Schule Adliswil arbeitet, muss ich sagen, dass wir zurzeit dabei sind, die Stundenpläne zu schreiben. Und wenn noch viel Zeit verstreicht, erübrigt es sich, darüber zu diskutieren. Das heisst, wenn dieses Geschäft zurückgewiesen wird, ist dies gleichzeitig das Ende des Biblischen Unterrichts.

Ratspräsident Fredi Morf: Wir stimmen nun über den Rückzugsantrag von Roger Neukom ab.

Der Antrag von Roger Neukom wird mit 13 : 15 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident Fredi Morf: Wir stimmen nun über den Antrag des Büros ab.

Davide Loss:

Es müsste rechtlich abgeklärt sein, wie das genau ist.

Ratspräsident Fredi Morf: Das ist rechtlich genau abgeklärt. Wir stimmen jetzt über den Antrag des Büros ab.

Beschluss:

Zur Petition wird wie folgt Stellung genommen:

Der Gemeinderat unterstützt das Ziel der Petition und lädt den Stadtrat bzw. die Schulpflege ein, das Nötige vorzukehren:

Zustimmung mit 15 : 13 Stimmen.

5. Strassenbeleuchtung bei Bedarf

Interpellation von Thomas Fässler und vier Mitunterzeichneten betr. Strassenbeleuchtung bei Bedarf, Begründung und mündliche Beantwortung

Thomas Fässler stellt die am 3. April 2008 eingereichte Interpellation vor:

„Im Jahr 2004 hat der Stadtrat beschlossen, dass die Strassenbeleuchtung von Freitag bis Sonntagnacht durchgehend brennen soll. Dies um die Sicherheit und vor allem das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu steigern. Der zusätzliche Stromverbrauch und die dadurch entstehenden Kosten sind die Nachteile davon.

Im Kundenmagazin der EKZ wurde eine interessante Möglichkeit vorgestellt, um beide Seiten zu befriedigen. Mittels einer modernen, intelligenten Lösung kann Strom gespart werden, ohne das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zu schmälern. Nachdem nachts (z. B. 24.00 Uhr) die Strassenbeleuchtung ausgeschaltet wird, kann sie von jedermann via Telefonanruf oder SMS für eine gewisse Zeit eingeschaltet werden. Dies kann pro Gebiet oder pro Strassenzug geschehen.

Die Realisierung scheint einfach und kostengünstig zu sein. So muss im entsprechenden Verteilerkasten ein Modem installiert werden, das den Anruf entgegen nimmt und die Beleuchtung anknipst (Kosten: rund 500 Franken). Natürlich hat auch dieses System seine Grenzen, es ist nur an wenig frequentierten Wegen und Strassen geeignet. Zudem funktioniert es nicht mit Entladungslampen.

Energie ist ein kostbares Gut und die Herstellung belastet unsere Umwelt. Zudem zeichnet sich ein Engpass in der schweizerischen Stromversorgung ab. Jeder soll sein Beitrag leisten und Energie sparen!

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viel geeignete Strassen und Wege gäbe es in Adliswil für das oben beschriebene System?
2. Wie viel Strom könnte so eingespart werden (grobe Schätzung)?
3. Ist der Stadtrat bereit, eine Umsetzung zu prüfen?
4. Sind in Adliswil schon bedarfsgerechte Beleuchtungen mit anderen Systemen, wie zum Beispiel Bewegungsmelder, im Einsatz oder geplant?“

Stadträtin Astrid Romer, zur mündlichen Beantwortung:

Vorab ein paar Informationen: Vom EKZ habe ich die Auskunft erhalten, dass es in Deutschland zwei Städte gibt, die das Projekt „Strassenbeleuchtung bei Bedarf“ umgesetzt haben, jedoch jede nur in zwei oder drei Strassen. Die eine Stadt heisst Dörentrup; sie kann sich übrigens mangels Geld nicht mehr leisten, die Strassenbeleuchtung einzuschalten. Aus dieser Notwendigkeit heraus entschied sich Dörentrup für diese Möglichkeit und: derjenige, der nun das Licht mittels Handy einschalten lässt, muss es auch selbst bezahlen.

Zur 1. Frage:

Keine, aus technischen Gründen. Ab 2000 haben wir sukzessive praktisch sämtliche Strassenlampen mit den energiesparenden Natrium-Hochdrucklampen ausgerüstet. Die-

se Lampen sind für beliebiges Ein- und Ausschalten nicht geeignet. Bei den Lampen, wo es noch möglich wäre, müssten elektronische Vorschaltgeräte installiert werden, dann bräuchte es in den Trafostationen (Verteilkabinen) nebst Modems weitere Schaltelemente, um individuelle Strassen ansteuern zu können. Wenn man z. B. entscheiden möchte, jetzt will ich in der Rütistrasse und nachher in der Obertilistrasse Licht, dann müsste für jede Strasse eine eigene Schaltung installiert werden, und das Problem ist, dass unsere Trafostationen für zusätzliche Schalttafeln keinen Platz mehr haben. Es wären also sehr hohe Investitionen notwendig, um dies realisieren zu können.

Zur 2. Frage:

Die zusätzlichen Einschaltungen von Freitag- und Samstagnacht von 02.00 – 04.30 Uhr kostet die Stadt Adliswil jährlich ca. Fr. 13'000. Dieser Betrag könnte gespart werden – allenfalls sogar mehr, wenn man das Zeitfenster der Dunkelheit ausweitet. Insgesamt zahlt die Stadt Adliswil jährlich ca. Fr. 180'000.-- die Strassenbeleuchtung.

Zur 3. Frage:

Das EKZ als unser Hauptpartner verfolgt die Entwicklung in Deutschland mit Interesse. In der Schweiz geht es aber eher in die Richtung, dass einzelne abgelegene Strassen mit einem Schalter an einer Lampe eingeschaltet werden können. Der Stadtrat verfolgt die Entwicklung und wird eine Umsetzung ins Auge fassen, wenn dieses Modell sich bewährt.

Zur 4. Frage:

Nein.

Thomas Fässler:

Für mich ist es löblich, dass unsere Strassen auf Natriumhochdrucklampen umgerüstet wurden, auch wenn sie jetzt für das erwähnte System nicht mehr geeignet sind. Allenfalls gibt es kleinere oder neue Wege, wo man noch etwas machen kann, und dann sollte dies beim EKZ eingefordert werden.

6. Kostensenkung und Fallreduktion in der Sozialhilfe

Interpellation von Patrick Leu zur Senkung der Kosten und der Fälle bei der Sozialhilfe, Begründung und mündliche Beantwortung

Patrick Leu stellt die am 15. April 2008 eingereichte Interpellation vor:

„Das Ressort Sozialwesen weist die höchsten Brutto-Ausgaben aus. Die Sozialkosten steigen jedes Jahr kontinuierlich und die Brutto-Ausgaben machen im Budget 2008 zirka 30 % der gesamten Ausgaben der Stadt Adliswil aus.

Ein Vergleich mit den Bezirksgemeinden ergibt ein schlechtes Bild. Gemäss Statistik in der Regionalausgabe des Tages-Anzeigers vom Mittwoch 30. Mai 2007 ist Adliswil die Gemeinde mit den höchsten Kosten pro Kopf der Bevölkerung. Vergleicht man die Zahlen aus den Jahren 2004 und 2005, haben die Gemeinden Thalwil und Wädenswil die Kosten gegenüber 2004 gesenkt. In Adliswil hingegen haben sich die Kosten erhöht. Lagen sie im 2004 noch bei CHF 724.--/Person, liegen diese im 2005 bereits bei CHF 743.--/Person. Vergleiche auch die CPV-Fraktionserklärung vom 6. Juni 2007 und die CVP-Interpellation vom 19. Oktober 2006.

Angesichts der finanziellen Situation der Stadt Adliswil und der Tatsache, dass die vom Gemeinderat geforderten Einsparungen bei den Ausgaben nicht erfüllt wurden, sind sofortige Massnahmen zur Einsparung vorzunehmen.

Es drängen sich dringend Massnahmen auf, um Missbräuche zu verhindern, damit Einwohner und Einwohnerinnen in echter Notlage auch in Zukunft kompetent und rasch unterstützt werden können.

In diesem Zusammenhang stelle ich dem Stadtrat, resp. der zuständigen Sozialkommission folgende Fragen:

1. Ist der Stadtrat bereit, ressortübergreifende Massnahmen zu veranlassen, damit dem Sozialhilfemissbrauch tatkräftig entgegengewirkt werden kann?
Unter ressortübergreifend meine ich insbesondere die Zusammenarbeit der Ressorts Soziales, Sicherheit und Schule, welche bei Sozialhilfefällen zum Einsatz kommen. In bestimmten Situationen müssten auch die Ressorts Gesundheit und Hochbau mit einbezogen werden. Bedingungslose Zusammenarbeit und ohne den Vorwand des Datenschutzes.
2. Ist der zuständige Stadtrat des Ressorts Soziale Aufgaben bereit, zusammen mit der Sozialkommission das Handbuch für die finanzielle Unterstützungspraxis zu überarbeiten und die Ausgaben auf das Minimum der SKOS-Richtlinien zu reduzieren?
3. Ist der Stadtrat bereit, die soziale und berufliche Integration als Schwerpunkt in der Betreuung und Begleitung von Hilfesuchenden aufzunehmen?
4. Ist der Stadtrat bereit, das Projekt Work-In der Stadt Winterthur zu prüfen, das Programm für Sozialhilfebeziehende, welches Integration und Nachhaltigkeit fördert im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe?“

Stadtrat Stephan Herzog, zur Beantwortung:

Vorab ein paar Bemerkungen zum einleitenden Text des Interpellanten. Seine Fragen zielen auf die Kosten und die Zahl der Fälle der Sozialhilfe. Er macht dabei den Bezug auf die Bruttoausgaben des Ressort Sozialen und erwähnt, dass diese 30 % der gesamten Ausgaben der Stadt Adliswil betragen. Dazu zwei Bemerkungen:

- Diesen Ausgaben stehen Einnahmen des Ressorts Soziale Aufgaben von gut 20 % der gesamten Einnahmen der Stadt Adliswil gegenüber.
- Im Ressort Soziale Aufgaben werden nicht nur die Ausgaben für Sozialhilfe getätigt, sondern auch für den Altersbereich, für die Ergänzungsleistungen zur AHV / IV, für das Vormundchaftswesen und die Kinderbetreuung.

Es ist unbestritten, dass Adliswil die höchste Sozialquote im Bezirk hat. Aber wir haben auch prozentual überdurchschnittlich viele Renterinnen und Rentner, viele von ihnen beziehen Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Diese demografische Situation ist unter dem finanziellen Aspekt tatsächlich ein Problem. Leider sind die Ausgaben für wirtschaftliche Hilfe trotz sinkender Fallzahlen auch im letzten Jahr gestiegen. Grund: es müssen vermehrt vermehrt Familien unterstützt werden, und wir haben eine Zunahme von Kinderschutzmassnahmen haben. Trotzdem schneidet die Stadt Adliswil in einem Benchmark der Ausgaben der wirtschaftlichen Hilfe mit vergleichbaren Gemeinden (bspw. Horgen, Thalwil, Kloten, Schlieren etc.) mit knapp unterdurchschnittlichen Werten ab.

Zur 1. Frage:

Selbstverständlich erachten wir die ressortübergreifende Zusammenarbeit als notwendig. Wie Sie an der letzten Gemeinderatssitzung erfahren haben, ist das Projekt Missbrauchsbekämpfung bereits angelaufen und auch die Voraussetzungen zum Datenaustausch wurden vom Stadtrat am 8.4.08 mit einer Verordnung geregelt. Noch eine Bemerkung zum Datenschutz: Datenschutz ist kein Vorwand sondern im Datenschutzgesetz von 1993 geregelt. Der Stadtrat und die Verwaltung haben sich an die Gesetzgebung zu halten. Das Ressort Soziale Aufgaben arbeitet schon lange mit der Stadtpolizei zusammen, und auch die Fragestellung der Problemliegenschaften wird angegangen.

Zur 2. Frage:

Wie wir an der Information des Gemeinderates über die SKOS-Richtlinien ausgeführt haben, sind die SKOS-Richtlinien und das Handbuch für die Kompetenzen der Sozialberatung zwei verschiedene Dinge. Die SKOS-Richtlinien sind vom Kanton als verbindlich erklärt. Das Handbuch regelt einzelne Sonderfälle, in denen es eine finanzielle Feinabstimmung auf die Situation der Gemeinde braucht. Die Anpassungen im Handbuch geschehen laufend, sobald Kommissionsmitglieder oder die Sozialberatung feststellen, dass ein Bedarf besteht. Die Ausgaben bewegen sich grundsätzlich innerhalb der Grenzen der SKOS-Richtlinien. Unterstützung durch Sozialhilfe hat neben dem Ziel der Existenzsicherung auch dasjenige, dass Personen möglichst rasch wieder von der Sozialhilfe abgelöst werden können, sozial und beruflich integriert bleiben, respektive wieder integriert werden können. Die Sozialkommission hat es sich zur Aufgabe gemacht, langfristig nachhaltige, optimale und kostengünstige Lösungen anzustreben.

Zur 3. Frage:

Dies geschieht in der Stadt Adliswil schon seit geraumer Zeit. Die Stadt Adliswil hat gemeinsam mit Thalwil das Projekt „Wegweiser“ beim Sozialen Netz Horgen (SNH) initiiert. Dieses bietet neuen Sozialhilfeempfängern sofort Arbeit statt Sozialhilfe an. Das heisst,

wenn junge Erwachsene bei der Sozialhilfe anklopfen, wird zuerst deren Arbeitsfähigkeit abgeklärt, indem die Leute einen Monat lang in einem Projekt arbeiten. Im 2007 wurden 33 Personen in dieses Programm geschickt, von diesen haben 10 Personen das Programm gar nicht angetreten, d. h. sie bekamen dann auch keine Sozialhilfe, weil sie nicht mitgemacht haben.

Die Stadt Adliswil und Thalwil haben zudem gemeinsam Teillohnarbeitsplätze im Bezirk Horgen initiiert und ein Projekt für schwer integrierbare junge Erwachsene. Im Juni soll das Projekt Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) starten, welches Menschen mit Mehrfachproblematik in den ersten Arbeitsmarkt integrieren will. Zudem war Adliswil mit Thalwil zusammen die erste Gemeinde im Bezirk, welche mit der privaten, spezialisierten Arbeitsvermittlungsfirma REAP erfolgreich zusammenarbeitet. Menschen, die nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können, werden im Sinne von Freiwilligenarbeit im Projekt HEKS-Visite beschäftigt – zwei weitere Initiativen von Adliswil und Thalwil. Der Schwerpunkt Arbeitsintegration wurde bereits 2005 bei der Einführung der Anreizpauschalen realisiert und zeigt gute Wirkung, indem zurzeit mehr Klienten abgelöst als neu aufgenommen werden.

Zur 4. Frage:

Weil die Stadt Adliswil erfolgreich in der Arbeitsintegration arbeitet, ist sie selbstverständlich auch bereit das Projekt „Work-In“ der Stadt Winterthur zu prüfen. Winterthur war bereits beim Projekt „Wegweiser“ ein Vorbild.

Zusammenfassend halte ich fest, dass Adliswil im Bereich Missbrauchsbekämpfung im Bezirk führend ist. Es hat keine andere Gemeinde so viele Kürzungen oder Einstellungen der Sozialhilfe. Dies hat auch zur Folge, dass es ab und zu Rekurse und Gerichtsverfahren gibt. Dies zeigt aber, dass genau geprüft wird. Die hohe Sozialquote hat vor allem mit der soziodemografische Zusammensetzung der Bevölkerung Adliswils zu tun. Die Sozialberatung erarbeitet mit einer unterdurchschnittlichen Personalquote eine überdurchschnittliche Rückfinanzierung und eine überdurchschnittliche Ablösequote. Ich bitte Sie, diese erfolgreiche Arbeit des Ressorts Soziales zur Kenntnis zu nehmen.

Patrick Leu:

Die Antworten auf die Fragen 2, 3 und 4 sind für mich klar. Zur 1. Frage: Es ist mir klar, dass es ein Datenschutzgesetz gibt. Es nimmt mich aber wunder, wie sich dies mit privaten Firmen, die für allfällige Aufdeckung von Missbräuchen engagiert werden, vereinbaren lässt. Dieses Problem wäre gelöst, wenn man selbst jemand anstellen würde wie z. B. in Emmen. Im weitem hat mich erstaunt, dass es ein Jahr lang dauert, bis die Antwort auf das Postulat von Peter Barmettler vorlag.

Stephan Herzog:

Bezüglich Datenschutzes im Kontext mit der Zusammenarbeit mit privaten Firmen ist es so, dass man die Einwilligung zur Überprüfung von den betreffenden Personen einholen muss. Also es ist möglich, aber es muss klar geregelt werden.

Betreffend zeitliche Beantwortung des Postulates von Peter Barmettler kann ich sagen, dass wir eine gute Lösung vorlegen wollten, deshalb dauerte es etwas länger, aber dafür hatten wir kurz nach der Postulatsantwort auch eine Lösung. Hinzu kommt, dass die So-

zialinspektoren im Raum Zürich zwischen Sommer 2007 und Februar 2008 eingeführt wurden und wir zuerst schauen wollten, welches deren Erfahrungen sind.

Patrick Leu:

Emmen ist in dieser Sache federführend, die haben den Sozialinspektor vor zwei Jahren eingeführt. Ich habe mit diesem gesprochen: Im laufenden Jahr hat er bis jetzt 23 Verdachtsfälle untersucht, bei zehn konnte er bereits einen unrechtmässigen Sozialhilfebezug nachweisen. Der Sozialinspektor von Emmen ist nicht nur zuständig für das Aufdecken von Missbräuchen, sondern er betreut auch die Alimentenbevorschussung bzw. deren Rückforderung.

7. Tempo 30 Massnahmen

Interpellation von Max Stenz und Roger Neukom betr. Tempo 30 Massnahmen, Begründung

Max Stenz stellt die am 15. April 2008 eingereichte Interpellation vor:

„Seit der Einführung von Tempo 30 in Adliswil geben diverse Installationen zu Kritik Anlass. Die als Verkehrsberuhigung gedachten Schilder und Inseln wirken als Verkehrsbe-hinderung. Das kann nicht die Meinung des Gesetzgebers gewesen sein.

Beispiele dazu sind:

1. Einfahrt Tiefackerstrasse von Zürich: Die Tafel steht zu weit in der Strasse und verhindert ein Kreuzen mit dem Gegenverkehr. Tritt diese Situation ein, behindert der von Zürich abbiegende Verkehr die Hauptstrasse.
2. Einfahrt Kronenstrasse von Zürich: Dito Punkt 1 aber viel schlimmer, weil die Strassen sich gegenseitig blockieren. Fahrzeuge weichen sogar über das Trottoir aus.
3. Obertilistrasse: im Bereich des Friedhofes kommt es besonders bei Beerdigungen zu skurilen Stausituationen. Die Verkehrsinseln behindern den Verkehr, insbesondere auch den ÖV.
4. Grütstrasse: Die Verkehrsinseln behindern den Verkehr, insbesondere auch den ÖV. Die Spuren an den Verkehrsinseln lassen auf diverse Schäden an Automobilen schliessen.

Ich ersuche den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- a) Ist der Stadtrat bereit, die fragwürdigen Installationen (meine Beispiele 1 - 4) zu verbessern?
- b) Ist der Stadtrat bereit, die Installationen im ganzen Stadtgebiet zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern?“

8. Rückblick des Ratspräsidenten auf das Amtsjahr 2007/2008

Ratspräsident Fredi Morf:

Wie Ihr seht, bin ich heute in schwarz gekleidet. Es fällt mir nicht leicht, den Bock zu räumen und das Steuer abzugeben. Anfangs habe ich gesagt, den grossen Dampfer will ich mit voller Kraft fahren. Ich musste feststellen, der grosse Dampfer ist gigantisch gross. Es braucht mehr als ein Jahr, um die Fahrtrichtung zu wechseln und das Steuer herumzureissen. Jetzt steht er wieder im sicheren Hafen. Es gab und gibt keinen politischen Sturm, der mir erspart blieb. Zum Glück habe ich euch und meine ersten Offizierinnen, Ida und Corina, als Super-Crew kennen gelernt.

Privat ging auch alles drunter und drüber! Ich musste mich von meinen Schafen trennen, für die ich über 40 Jahre Tag und Nacht geschaut habe; ich musste den Betrieb verkaufen, wo ich heute noch kein Geld bekommen habe. Auch meinen Wohnsitz musste ich vom Berg ins Tal hinunter verlegen und zu allem hin auch noch meinen Beruf wechseln: ich bin nämlich neu Schulbusfahrer für die International School Horgen. Es ist einfach ein verrücktes Jahr gewesen, aber wir haben es über die Runden gebracht.

Das vergangene Jahr war aber auch sehr lehrreich und interessant. Ich habe sehr viele Leute an verschiedenen Anlässen kennen gelernt, z. B. an der Einweihung der erweiterten Swiss Re, Eröffnung der Raiffeisenbank Thalwil, 150-Jahr-Feier der Modelleisenbahn des Bezirks Horgen, an den Handörgeli- und Harmonie-Konzerten, am Schuljahresschluss-Fest, am Feuerwehrjahres-Anlass, an der Viehausstellung in Rüschlikon, am Schützenfest, am Fest des Kaninchenzüchter-Vereins usw.

Ich bedanke mich bei euch allen, ganz besonders bei meinen SVP-Männern, dass sie mir als Schafhirt dieses Amt überhaupt zugetraut haben und es mich ausüben liessen. Herzlich danken möchte ich auch Astrid und Milan Babuschka, welche für mich und den Gemeinderat immer offene Ohren hatten sowie auch dem Ratsweibel Heinz Jordi ein herzliches Dankeschön für seinen technischen Support. Ein grosses Dankeschön gebührt Barbara Häberli, welche auch immer da war für mich. Dann komme ich zu meiner ersten Offizierin Ida Hofstetter. Ida war es, die immer alles ruhig und kompetent über-schaute. Dir, liebe Ida, ein grosses Dankeschön.

Nun muss ich leider zum Schluss kommen:

Wie gesagt, ich hätte den Dampfer gerne in weibliche Hände gegeben, wenn wir wieder etwas ruhigeres Gewässer gehabt hätten. Aber ich freue mich, auch wieder im Rat unten zu sitzen, bei meinen Kameraden, um wieder politisieren zu können. Ich wünsche meiner charmanten Nachfolgerin alles Liebe und Gute, viel Glück und ein gutes Handling. Ich habe dir, liebe Barbara, noch Verschiedenes zur Stärkung mitgebracht, z. B. für den Fall, wenn du einbürgern musst, oder einer oder vielleicht eine nicht aufhören will zu reden oder wenn dir deine Stimme versagt etc. Für all diese Situationen findest du etwas in diesem Überraschungspaket, sprich Notfallpäckli. Und jetzt allen ein HERZLICHES DANKESCHÖN - aus, fertig, Amen, no comment!

Barbara Häberli:

Lieber Fredi

Den Dampfer mit Volldampf steuern - das hast du das letztes Jahr in deiner Rede angekündigt. Das hast du auch bereits am gleichen Abend bei deinem Fest in der Schäferei

bewiesen. Mit Schafschur, Geiselchlopfer, Jodler und vielem mehr, bist du mit Voll-dampf in dein neues Amt gestartet. Mit grossem Einsatz und auf deine ganz persönliche urchige Art hast du die Sitzungen im Rat geführt. Ein Jahr mit hart geführten Voten, Sitzungsunterbrechungen, geheimer Abstimmung - all das konnte dich nicht gross erschüttern. Mit deiner Natürlichkeit hast du auch schwierige Situationen mit Bravour gemeistert und mit deiner tragenden Stimme hast du auch jederzeit für den nötigen Respekt gesorgt. Die Freude, die du an diesem Amt hattest, hast du das ganze Jahr auch ausgestrahlt.

Ich weiss, du würdest gerne noch ein weiteres Jahr da oben bleiben. Unser System sieht das leider nicht vor. Aber wer weiss, was der Berlusconi in Italien bereits zum dritten Mal geschafft hat, schaffst du alleweil! Vielleicht sitzt du bereits in vier Jahren wieder hier oben auf dem Bock!

Lieber Fredy, im Namen von meinen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat danke ich dir ganz herzlich für das vergangene, ereignisreiche Jahr. Danke für deine Grosszügigkeit, danke für die feinen Essen nach den Bürositzungen und Apéros nach den Gemeinderatssitzungen. Auch für uns war es unter deiner Leitung ein gutes Jahr.

Stadtpräsident Harald Huber:

Lieber Fredi

Der Kapitän geht von Bord - leider müssen wir dich heute aus diesem Amt verabschieden. Du hast das Präsidialjahr "schäfermässig" ausgeübt. Philip Keller, Diplomlandwirt und Schafzüchter, beschreibt den Schäfer und Hirten im Buch "Psalm 23 - aus der Sicht eines Schafhirten" wie folgt:

Er ist eine einzigartige Bezugsperson, der verantwortungsbewusste Führer einer Herde wehrloser Tiere; er ist Arzt, Schiedsrichter und Seelsorger zugleich. Nichts wird ihm zuviel, immer weiss er Rat und ständig ist er bereit, sich für das Wohlergehen seiner Herde einzusetzen.

Genau so habe ich Dich erlebt. Fredi, Du hast das Kürzel SVP neu definiert. Für mich im Zusammenhang mit dir bedeutet

S = sensibel

Du hast bei allen Sitzungen, insbesondere auch bei den nicht ganz einfachen, eine bewundernswerte Sensibilität gezeigt. Immer war für dich sofort klar, wann man wem die Leine länger machen konnte und wann es notwendig wurde, diese zu kürzen.

V = volksnahe

Die Repräsentationspflichten machten dir Spass und das spürten alle, die an diesen Anlässen dabei sein durften. Auch wir profitierten davon. Einerseits mahnte uns dein verständnisvoller, fast väterlicher Tonfall immer wieder daran, dass wir gehalten sind, trotz Meinungsverschiedenheiten menschlich und anständig miteinander umzugehen. Andererseits hast du umgehend nach deiner Amtseinführung einen "Beizenplan" erstellt, damit wir alle uns nach den hitzigen Wortgefechten bei einem Glas Wein wieder zusammen finden konnten, falls uns das im Rat noch nicht gelungen war.

P = patriarchalisch

Im richtigen Moment traten aber auch patriarchalische Züge zutage und dein "so jetzt langts"- "aus und Schluss" klang fast befehlshaberisch durch den Saal und alle "Schäfchen" wussten, dass sie nun zu gehorchen haben. Patriarchalisch war aber auch deine

Sitzordnung in der Beiz. Immer hast du es hergerichtet, dass nur du von mindestens zwei Damen umrahmt warst. Ehre wem Ehre gebührt.

Kurzum, Fredi, du warst ein perfekter volksnaher Präsident. Nicht nur hier im Rat, sondern auch draussen beim Volk. Du hast damit vielen Adliswilerinnen und Adliswilern die Politik näher gebracht und auch gezeigt, dass die Politik ein wichtiger Teil unseres Lebens ist und dass wir auch bei unterschiedlichen Standpunkten respektvoll miteinander umgehen.

Ich danke dir im Namen des ganzen Stadtrates herzlich für deine engagierte und umsichtige Ratsführung in einer nicht immer ganz einfachen Zeit. Ich danke dir aber auch ganz persönlich für das gute Einvernehmen, dass wir Präsidenten unter einander haben durften.

Als Geschenk des Stadtrates übergeben wir dir zwei Sachen, eine Flasche Prosecco, weil wir wissen, dass du dies magst und einen Gutschein vom Chnusperhüsli auf der Buchegg. Dieser Ort zeichnet sich für mich durch folgende, zur dir passenden Eigenschaften aus:

- Das Chnusperhüsli ist heimelig, gesellig und edel zugleich.
- Es liegt ausserhalb von Adliswil. Du kannst also hingehen mit wem du willst, ohne dass gleich die ganze Stadt erfährt, dass du den Abend in Begleitung von zwei oder mehr Damen genossen hast.
- Das Restaurant liegt auf dem Weg von der Weiherweid zum Türlensee, man weiss ja nicht, vielleicht braucht der heutige Besitzer einmal einen Aushilfsschäfer, dann wär's grad am Weg.
- Last but not least. Der Heimweg ist zu jeder Stunde und in fast jedem Zustand einfach zu bewältigen, denn es geht nur noch runter.

Fredi, ganz herzlichen Dank und alles Gute.

Renato Günthardt:

Vor einem Jahr, als du so grandios zum Ratspräsidenten gewählt worden bist, war ich auf der Zuschauertribüne und verfolgte die Gemeinderatssitzung von dort aus. Jetzt bin ich seit kurzer Zeit im Gemeinderat und darf mich bei dir im Namen der Fraktion herzlich für die perfekte Ratsführung bedanken, die du mit deiner umgänglichen Art geprägt hast. Wir sind stolz, einen solch beliebten Ratspräsidenten in unseren Reihen zu haben und gratulieren dir von ganzem Herzen zu deinem erfolgreichen Wirken auf dem Bock. Gleichzeitig freuen wir uns jetzt natürlich auch, dich bei uns unten in den Reihen der Fraktionsmitglieder wieder willkommen heissen zu dürfen und auf dich als Fraktionschef zählen zu können. Zum Geniessen und allenfalls auch Zurückblicken auf deine schöne und ereignisreiche Zeit als Ratspräsident darf ich dir im Namen der SVP-Fraktion einige ganz gute Tropfen Rotwein und sonstige Spezialitäten aus dem Süden überreichen. Lieber Fredi, nochmals herzlichen Dank und bleib weiterhin so wie du bist.

Ratspräsident Fredi Morf bedankt sich bei allen aufs Herzlichste.

9. Erneuerungswahlen für das Büro (Amtsjahr 2008/2009)

9.1 Geheime Wahl der Ratspräsidentin/des Ratspräsidenten

Im Namen der Interfraktionellen Konferenz (IFK) schlägt Roger Neukom die bisherige 1. Vizepräsidentin Barbara Häberli, SP, zur Wahl vor.

Dieser Vorschlag wird nicht vermehrt.

1. Wahlgang

Ausgeteilte Stimmzettel		29
Eingegangene Stimmzettel		29
Davon sind:	- ungültig	1
	- leer	<u>2</u>
Zahl der massgebenden Stimmen		26
Absolutes Mehr		14
Es erhielten Stimmen	- Barbara Häberli – gewählt	21
	- Sait Acar	2
	- Davide Loss	2
	- Kurt Frei	<u>1</u>
Total der massgebenden Stimmen		26

Fredi Morf gratuliert Barbara Häberli herzlich zur Wahl zum Ratspräsidium.

Carmen Marty Fässler gratuliert Barbara Häberli im Namen der SP-Fraktion herzlich zur Wahl als Gemeinderatspräsidentin.

Ansprache der neuen Ratspräsidentin, Barbara Häberli:

Ich bedanke mich herzlich für die Wahl zur Gemeinderatspräsidentin und dem damit verbundenen Vertrauen. Ich freue mich aufs kommende Jahr.

Fairplay heisst es an der Fussball-EM 08. Fairplay, so hoffe ich, heisst es auch im Rat. Das heisst für mich, auch wenn man nicht immer gleicher Auffassung ist, sich mit dem nötigen Respekt zu begegnen und andere Meinungen respektieren. Das ist mein Anliegen, das ich in meinem Präsidialjahr an Sie habe.

Mit meiner Familie wohne ich seit knapp 30 Jahren in Adliswil. Damals hätte ich nicht gedacht, dass wir so lange in Adliswil bleiben werden und schon gar nicht, dass ich einmal zu Ihnen als Gemeinderats-Präsidentin sprechen werde.

Vieles hat sich in dieser Zeit in unserer Stadt verändert. Vor 30 Jahren zeigte der Blick von der Felsenegg auf Adliswil Grünflächen, freie Felder, Wiesen, auf denen Kühe und Schafe weideten, eine Kleinstadt mit noch dörflichem Charakter.

Heute zeigt der Blick aus luftiger Höhe eine Stadt, die sich baulich sehr entwickelt hat, mit einem Industriezentrum im Sood, der Sportanlage in der Tüfi, dem Migros Neubau, der American School, die schon bald ihre Tore öffnet und vielen neuen Wohnbauten.

Adliswil - unsere Stadt war über die Monate verschiedentlich in den Medien präsent, positiv und weniger positiv:

- unsere mittlerweile 101-jährigen Zwillinge Annie Rohner und Rosie Bühler sind Medienstars
- Thomas Heiniger wird Regierungsrat
- der Steuerfuss muss erhöht werden, das Budget 2008 wird vom Gemeinderat zurückgewiesen, 4,5 Millionen sollen eingespart werden
- Sirenenalarm in Adliswil, das Trinkwasser ist verseucht
- die Rechnung 2007 schliesst mit einem Überschuss von 5 Millionen ab
- Adliswil verweigert einem Ehepaar die Einbürgerung
- der Unterricht für Biblische Geschichte an der Primarstufe und Gemeidezuschüsse für AHV- und IV- Bezüger werden im Budget 2008 gestrichen
- der neue Fussballsuperstar, Mario Fehr, bei Gilbert Gress im Promi Fussballcamp

Die eher unerfreulichen Schlagzeilen, vor allem im Bereich Finanzen, verunsichern die Bevölkerung und haben sich auch im Ratsklima niedergeschlagen. Die Stimmung im Rat ist angespannt. Es gibt Angriffe von rechts nach links und umgekehrt, das trägt nicht unbedingt zu einer gemeinsamen Lösung bei. Wir alle hoffen, dass am künftigen runden Tisch parteiübergreifende, tragbare, konstruktive und zukunftsgerichtete Lösungen gefunden werden. Ich anerkenne die schwierige Lage, in der sich Adliswil befindet, möchte heute aber auch in Erinnerung rufen, was unsere Stadt lebenswert und einmalig macht:

- Adliswil als das Tor zu Zürich, in 15 Minuten sind wir im Zentrum der kleinsten Grossstadt der Welt
- die Nähe zum Zürichsee
- unsere Umgebung mit dem Tierpark Langenberg
- das Naturzentrum Sihlwald
- der Wald und die Grünfläche rund um Adliswil
- unsere Felsenegg mit der einzigen Luftseilbahn im Kanton Zürich. Seit 1. Mai schweben die neuen Kabinen der renovierten Seilbahn auf den Berg. Das war möglich u. a. dank der Unterstützung von engagierten Adliswilerinnen und Adliswilern, die mit Aktienkäufen zum Fortbestand der Luftseilbahn beigetragen haben.

In den nächsten Jahren kommen auch grosse Herausforderungen auf uns zu. Mit der geplanten Ueberbauung Sunnau/Lebern/Dietlimoos werden zirka 2'000 neue Einwohnerinnen und Einwohner, auch Familien, nach Adliswil ziehen. Da stellen sich Fragen:

- wie integrieren wir ein Wohngebiet am Rande von Adliswil
- was hat unsere Stadt neuen Einwohnerinnen und Einwohnern zu bieten
- was könnte ausschlaggebend sein, sich für Adliswil als Wohnort zu entscheiden

Der höhere Steuerfuss im Vergleich mit den umliegenden See-Gemeinden ist es wahrscheinlich nicht. Vieles haben wir aber anzubieten, das für Adliswil spricht:

Wir verfügen über eine gut funktionierende Schule, mit einem breiten Angebot von auserschulischer Betreuung mit Mittagstisch, Nachmittags- und Tageshort. Mit der Freizeitanlage im Werd steht ein vielfältiges Angebot für Kinder, Jugendliche, Erwachsene zur Verfügung. Hallen- und Freibad, Bibliothek, ein gut funktionierender Service Public, eine

saubere Stadt mit Blumen am Brückengeländer und wichtiger denn je, wir fühlen uns nachts auf dem Heimweg noch sicher. Eine grosse Anzahl von Vereinen mit unterschiedlichen Angeboten für Jung und Alt, für Familien und Alleinstehende im Bereich Sport, Kultur und anderem mehr. Engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich in verschiedenen Funktionen unentgeltlich zur Verfügung stellen, dieses Angebot weiterhin zu erhalten. Zu erwähnen ist zudem das Gewerbe in Adliswil, das sich unter anderem dafür einsetzt, dass Adliswil eine Weihnachtsbeleuchtung und einen Weihnachtsmarkt hat. Das letztjährige Fest der Kulturen, das grossen Anklang in der ganzen Bevölkerung gefunden hat, wird dieses Jahr leider nicht stattfinden. Eine Ueberlegung wäre, diesen Anlass jedes Jahr durchzuführen, verbunden mit der Begrüssung von Neuzuzüglern und neu eingebürgerten Adliswilerinnen und Adliswilern.

Das alles zeigt uns, dass Adliswil ist eine aktive Stadt ist, die lebt, etwas zu bieten hat. Eine Stadt, in der man sich gerne engagieren möchte, eine Stadt, wo man gerne zu Hause ist. In den nächsten Monaten sind wir gefordert, uns darüber klar zu werden, was uns und vor allem den Einwohnerinnen und Einwohnern von Adliswil wichtig ist, auch was machbar ist. Wir übernehmen die Verantwortung, wohin sich unsere Stadt entwickelt.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir weiterhin ein Angebot haben, das unserer Stadt würdig ist, ich hoffe und bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam den richtigen Weg einschlagen und die richtigen Entscheide treffen werden. Ich möchte mit dem Zitat eines chinesischen Philosophen schliessen:

Wer das Ziel kennt, kann entscheiden. Wer entscheidet, findet Ruhe. Wer Ruhe findet, ist sicher. Wer sicher ist kann überlegen. Wer überlegt, kann verbessern.

9.2 Geheime Wahl des 1. Vizepräsidiums

Im Namen der IFK schlägt Roger Neukom den bisherigen 2. Vizepräsidenten, Max Stenz, FW, zur Wahl vor.

Dieser Vorschlag wird nicht vermehrt.

1. Wahlgang

Ausgeteilte Stimmzettel		29
Eingegangene Stimmzettel		29
Davon sind:	- ungültig	0
	- leer	<u>2</u>
Zahl der massgebenden Stimmen		27
Absolutes Mehr		14
Es erhielten Stimmen	- Max Stenz – gewählt	25
	- Ruedi Bräuer	1
	- Robert Wälle	<u>1</u>
Total der massgebenden Stimmen		27

Die Ratspräsidentin gratuliert Max Stenz herzlich zur Wahl zum 1. Vizepräsidenten und bittet ihn, am Präsidiumstisch Platz zu nehmen.

9.3 Geheime Wahl des 2. Vizepräsidiums

Im Namen der IFK schlägt Roger Neukom Thomas Fässler, CVP, zur Wahl vor.

Dieser Vorschlag wird nicht vermehrt.

1. Wahlgang

Ausgeteilte Stimmzettel		29
Eingegangene Stimmzettel		29
Davon sind:	- ungültig	0
	- leer	<u>2</u>
Zahl der massgebenden Stimmen		27
Absolutes Mehr		14
Es erhielten Stimmen	- Thomas Fässler – gewählt	21
	- Brigitte Abstreiter	3
	- Nicole Kappeler	2
	- Davide Loss	<u>1</u>
Total der massgebenden Stimmen		27

Die Ratspräsidentin gratuliert Thomas Fässler herzlich zur Wahl zum 2. Vizepräsidenten.

9.4 Offene Wahl von drei Stimmenzählenden

Im Namen der IFK schlägt Roger Neukom folgende Ratsmitglieder zur Wahl vor: Sait Acar, SP, Karin Hug, EVP, und Fredi Morf, SVP.

Dieser Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Ratsmitglieder Sait Acar, Karin Hug und Fredi Morf werden als Stimmenzählende fürs Amtsjahr 2008/09 gewählt.

Die Ratspräsidentin gratuliert den Stimmenzählenden herzlich und weist ihnen folgende Bereiche zu:

1. Stimmenzähler Sait Acar: Tische EVP, FDP und SVP
2. Stimmenzählerin Karin Hug: Tische CVP und Freie Wähler
3. Stimmenzähler Fredi Morf: Tische SP und Präsidium

Aufgrund der vorangehenden Wahlen ist die offene Wahl vom 3. Sekretär für den Rest der Amtsdauer 2006 - 2010 nötig.

Im Namen der IFK schlägt Roger Neukom Hans-Peter Nyffeler, SVP, zur Wahl vor.

Dieser Vorschlag wird nicht vermehrt.

Hans-Peter Nyffeler wird als 3. Sekretär für den Rest der Amtsdauer 2006 - 2010 gewählt.

Die Ratspräsidentin gratuliert Hans-Peter Nyffeler zu seinem neuen Amt.

10. Ersatzwahl eines Mitgliedes der vorberatenden Kommission für Einbürgerungen (VKE)

Im Namen der IFK schlägt Roger Neukom Carmen Marty Fässler, SP, zur Wahl vor.

Dieser Vorschlag wird nicht vermehrt.

Carmen Marty Fässler wird als Mitglied der VKE für den Rest der Amtsdauer 2006 - 2010 gewählt.

Die Ratspräsidentin gratuliert Carmen Marty Fässler zu ihrem neuen Amt.

10. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Sachkommission 2

Im Namen der IFK schlägt Roger Neukom Davide Loss, SP, zur Wahl vor.

Dieser Vorschlag wird nicht vermehrt.

Davide Loss wird als Mitglied der Sachkommission 2 für den Rest der Amtsdauer 2006 - 2010 gewählt.

Die Ratspräsidentin gratuliert Davide Loss zu seinem neuen Amt.

Die Ratspräsidentin lädt nun alle zum Apéro ein.

Schluss der Sitzung: 20.10

Für die Richtigkeit:

Ida Hofstetter, Ratssekretärin